



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Wentzcke, Paul: Ideale und Irrtümer der lothringischen Frage. 3. Bismarck  
und die Begründung des Reichslandes

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Förderung des zionistischen Palästinaproblems die deutsch-türkische Staatskunst dem hochpolitischen Schachzug Englands einen wirksamen Gegenzug entgegenzusetzen und dem Gegner ein Kriegsmittel aus der Hand winden, das nun der eigenen Politik die Freundschaft und Unterstützung des jüdischen Einflusses in der ganzen Welt zuwendet.

Diese Einheitlichkeit des jüdischen Volkswillens haben weite und maßgebende Kreise bei uns, wie es scheint, noch nicht voll begriffen; sie sehen unter Zugrundelegung bloß deutscher Verhältnisse das Jüdische noch zu sehr unter dem althergebrachten Gesichtspunkt des Konfessionellen und der Religionsgemeinschaft. Sie übersehen, daß heute das Gesamtjudentum auch ein Volkstum und damit einen politischen Faktor darstellt, dessen internationale Tragweite die anglo-amerikanische Weltmacht längst erkannt und sich zunutze gemacht hat.

Aber auch ganz anders eingestellte Stimmen haben sich aus rein nationalen deutschen Interessen, nicht aus grundsätzlicher Zustimmung zu den national-jüdischen Wünschen, für eine Förderung der zionistischen Palästinafrage durch die deutsche Reichsregierung ausgesprochen. Sie weisen darauf hin, daß die Ablenkung des Zuflußstromes an jüdischen Wanderern aus den besetzten Gebieten des Ostens, namentlich Polen und Litauen, nach Palästina die Gefahr einer ostjüdischen Einwanderung über die Westgrenze nach Deutschland abwenden würde.

So sind es mancherlei Gründe, welche die deutsche Realpolitik veranlassen könnten, zu prüfen, welche Bedeutung dem zionistischen Problem in der Gegenwart zukommt und welchen Rang es unter den mancherlei Interessenreihen der deutschen Außenpolitik einzunehmen hätte. Denn übersehen oder übergehen läßt sich heute die weltpolitische Bedeutung des Zionismus nicht mehr; die jüngste Wendung im Weltkriege, die Jerusalem in den Brennpunkt des östlichen Interesses rückte, und die diplomatische Stellungnahme aller Weltmächte zu der Frage der jüdischen Palästinaansiedlung hat das Gewicht des Zionismus auch dem Uneinsichtigen klar gemacht<sup>\*)</sup>. Und die Förderung, die diese Bewegung in den letzten Monaten erfahren hat, wird sich vermutlich nach Wiederherstellung des Friedens sehr bald in mehr oder weniger weitgreifende praktische Erfolge umsetzen. Durch diese Sachlage ist das Recht der Begründung von „Pro Palaestina“ aus rein deutschen, vaterländischen Interessen heraus erwiesen; es gilt nun die Aufklärung der öffentlichen Meinung in Deutschland über die Bedeutung des Palästinaproblems für die Mittemächte.



## Ideale und Irrtümer der lothringischen Frage

Von Dr. Paul Wenzke

### 3. Bismarck und die Begründung des Reichslandes.



st genug sind die wenigen Zeugnisse zusammengestellt worden, die wir aus der Zeit seines politischen Werdens und Wachstums für Bismarcks Stellung zur elsass-lothringischen Frage besitzen. Deutsche und preußische Gedanken, militärische Abneigung gegen den Erbfeind und nationale Sehnsucht einen sich im pommerischen Landbedelmann, der sich beim Blick auf die Landkarte über den französischen Besitz von Straßburg ärgert und durch den Besuch von Heidelberg, Speyer und der Pfalz rachsüchtig und kriegerisch gestimmt wird. Bestimmte

<sup>\*)</sup> Davon wird des weiteren geredet in meiner demnächst bei Reimer Hobbing in Berlin erscheinenden Schrift „Der Zionismus auf dem Wege“.

politische Gesichtspunkte fügte König Wilhelm von Württemberg hinzu, als er im Krimkrieg den heranreisenden Diplomaten mahnte: „Geben Sie uns Straßburg, und wir werden einig sein für alle Eventualitäten. Solange Straßburg aber ein Ausfallstor ist für eine stets bewaffnete Macht, muß ich befürchten, daß mein Land überschwemmt wird von fremden Truppen, bevor mir der deutsche Bund zu Hilfe kommen kann. Der Knotenpunkt liegt in Straßburg; denn solange das nicht deutsch ist, wird es immer ein Hindernis für Süddeutschland bilden, sich der deutschen Einheit, einer nationalen deutschen Politik, ohne Rückhalt hinzugeben.“ Mit realpolitischer Schärfe beleuchtet dies Wort den tiefen Zusammenhang zwischen der deutschen Einheit im Innern und ihrer notwendigen Sicherung gegen den westlichen Nachbarn. Nachdrücklich hat es der Kanzler daher in seiner Reichstagsrede vom Mai 1871 wiederholt: „Der Keil, den die Ecke bei Weißenburg in Deutschland hineinschneidet, trennte Süddeutschland wirksamer als die politische Mainlinie vom Norden.“ — Nichts kennzeichnet besser die wechselseitige Bedingtheit innerer und äußerer Politik, die vor allem im allseits umdrohten Kernlande Mitteleuropas inhaltschwere Wahrheit ist!

Nur von innen heraus jedoch ließ Bismarck die ganze Fülle der nationalen Sehnsucht wirken, die im Grunde auch diese Erwägungen durchfluten. Mit Weiterhand mußte der Kanzler, der schon 1858 Kammern und Presse das mächtigste Hilfsmittel der auswärtigen Politik Preußens genannt hatte, auch jetzt gerade dies Instrument zu spielen. Nach außen aber schob er durchweg lediglich militärisch-politische Gründe in den Vordergrund, als er im Hochsommer 1870, unmittelbar nach Weißenburg und Wörth, in den diplomatischen Kampf um das Grenzland eintrat. Denn das eine war klar: die elsass-lothringische Frage aufzuwerfen, hieß zugleich das europäische Gleichgewicht bedrohen, das der Wiener Kongreß so überkünstlich gestützt und das die Großmächte bisher zum wenigsten in Mitteleuropa ängstlich zu wahren gewußt hatten. Jede Territorialverschiebung am Rhein mußte Deutschland oder Frankreich das Übergewicht im europäischen Areopag verschaffen. Gerade in dieser Beziehung aber hatte es Bismarck aufs trefflichste verstanden, den Weg für eine allein deutsche Politik im Kreise der eifersüchtigen Nachbarn frei zu machen. Vier Jahre zuvor noch hatte er den Nickolsburger Frieden nur in umsichtigster Schonung aller der Eigenwünsche, die Frankreich, Rußland und England vorbrachten, schließen können: im Spätsommer 1870 dagegen sah er sich einer überaus günstigen internationalen Konstellation gegenüber. Wohl wartete in Osterreich Graf Beust sehnsüchtig auf eine Gelegenheit, die Charta von Königgrätz auszuweken, in Italien machte König Viktor Emanuel kein Hehl aus seiner werktätigen Sympathie für das bedrohte Frankreich. Aber hier wie dort lehnte die öffentliche Meinung tatkräftig jede Feindseligkeit gegen Deutschland ab, das jetzt um die Vollendung seiner Einheit rang. Am russischen Kaiserhofe glaubte man von der Niederlage Frankreichs die Öffnung des Schwarzen Meeres erhoffen zu dürfen, das die Westmächte nach dem Krimkriege für die russische Flotte geschlossen hatten. Während die Petersburger und Moskauer Presse bereits leidenschaftlich für die in Frankreich bedrohte „Sache der Zivilisation“ Partei ergriff, hielt sich die Regierung Alexanders des Zweiten vorsichtig zurück. Und auch England vor allem sah nicht ungern den Stern des dritten Napoleon sinken. Bismarcks Enthüllungen über die luxemburgische und belgische Frage hatten dem Inselreich zu deutlich bewiesen, daß der Kaiser der Franzosen die Hand sogar nach der flandrischen Küste auszustrecken wagte. In glänzender Folierung glaubte der britische Löwe dem Kampf auf dem Kontinent zusehen zu können, solange die „kleindeutschen“ Ansprüche seine Seeherrschaft nicht berührten. Angesichts dieser weltpolitischen Lage ließ Bismarck von vornherein den Ansprüchen der deutschen Presse freien Lauf. Zeitweise sah er auch überspannte Wünsche nicht ungern, um diesen spontanen Äußerungen des Volkswillens gegenüber die eigene Mäßigung im diplomatischen Spiel voll zur Geltung zu bringen: „damit man wenigstens was Ordentliches bekommt, wenn auch nicht alles, was man fordert.“ Er selbst hielt als verantwortlicher Staatsmann von Anfang an fest und bestimmt an der

ersten Friedensbedingung fest, die das deutsche Selbstbewußtsein klar und deutlich seit Jahrzehnten geprägt hatte: Abtretung von Elsaß und Deutsch-Lothringen mit Metz. Nur dies Kriegsziel konnte und durfte eine Erörterung im Auslande finden, weil nur hier eine internationale Frage vorlag. Aber bezeichnend für die Wichtigkeit, die gerade Bismarck dem Verhältnis zu den übrigen Großmächten beilegte, ist doch die Tatsache, daß seine ersten Andeutungen über die Möglichkeit einer deutschen Gebietsverweiterung in diplomatischen Notizen und Entwürfen erscheinen, die für das Ausland, nach Rußland und England, bestimmt waren.

Am 11. August schon, fast unmittelbar also nach den ersten Siegen im Elsaß, diktierte der Bundeskanzler eine Depesche nach Petersburg, „man werde sich mit dem etwaigen Sturze Napoleons nicht begnügen können.“ Vier Tage später folgte ein neues Telegramm, in welchem es offen hieß, „daß wir, wenn es Gottes Wille, das Elsaß behalten würden“. Gleichzeitig begann ein vortrefflich geleiteter Feldzug in der ausländischen, vor allem in der englischen Presse. Zunächst nur in ganz allgemeinen Umrissen, dann sehr bald in festumrissener Forderung. Nachdrücklich wiesen alle diese Artikel darauf hin, daß der Besitz von Elsaß und Deutsch-Lothringen die wichtigste Bürgschaft nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas gegen Frankreichs dauernde Friedensstörungen sei. „Daily News“, das einflußreiche Organ der englischen Liberalen, betonte bereits am 20. August, daß die Bevölkerung des Elsaß nach Abstammung, Sprache und Lebensweise durch und durch deutsch sei. Die übrigen Zeitungen, deren Korrespondenten damals mehrfach von Bismarck selbst empfangen wurden, folgten eifrig ihrem Beispiel. Am 7. September verkündete sogar das Orakel der öffentlichen Meinung Europas, die allmächtige „Times“, daß die Abtretung von Deutsch-Lothringen mit Metz und des Elsaß zwischen Vogesen und Rhein „die geringsten und bescheidensten Bedingungen seien, welche die friedfertigen Deutschen als Grundlage zu Friedensverhandlungen gelten lassen können.“ Ähnlich klingt in denselben Tagen der Widerhall, den Bismarcks Andeutungen in den führenden Zeitungen von Petersburg und Washington, von Rom und Wien fanden.

Zweifelsohne bedeutete diese Zustimmung der ausländischen Presse zu den deutschen Wünschen und Forderungen zugleich, daß auch die Mächte selbst der weiteren Entwicklung der Gebietsfrage wohlwollend zusehen wollten. Erst als der leitende Staatsmann des Norddeutschen Bundes darüber beruhigt sein konnte, trat sein Sprachrohr, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, am 31. August offen auf den Plan. In einem Aufsatz, den Bismarck selbst drei Tage zuvor durchgesehen und gebilligt hatte, führte Moritz Busch aus, daß die ungeheuren Opfer an Geld und Blut, die das deutsche Volk in diesem Kriege gebracht, vergeblich gewesen wären, wenn Frankreichs Angriffskraft nicht geschwächt, Deutschlands Verteidigungskraft nicht gestärkt würde: „Das Mindeste also, was wir fordern müssen, das Mindeste, womit die deutsche Nation in allen ihren Teilen, vorzüglich aber unsere Stamm- und Kampfgenossen jenseits des Mains sich befriedigt erklären können, ist die Abtretung der Ausfallspforten Frankreichs nach der deutschen Seite hin, die Eroberung von Straßburg und Metz für Deutschland.“ Wenige Tage darauf begannen die Vorbesprechungen, diese Forderungen auch diplomatisch zur Geltung zu bringen. Der militärische Besitz von Straßburg und Metz galt auch hier als wichtigstes Ziel: „Nicht um Elsaß und Lothringen wieder an Deutschland zu bringen, sondern nur um den Franzosen einen neuen Angriffskrieg zu erschweren, müssen wir die beiden Festungen besitzen.“ Am 13. und 16. September ergingen an die auswärtigen Vertreter des Norddeutschen Bundes amtliche Mitteilungen über die deutschen Bedingungen, die im wesentlichen dieselben Motive hervorheben, die in der neutralen und in der deutschen Presse bereits ausgiebig erörtert worden waren. Deutschland muß, so war ihr Sinn, in erster Reihe materielle Bürgschaften für seine Sicherheit gegen Frankreichs künftige Angriffe erstreben, Bürgschaften zugleich für den europäischen Frieden, der von Deutschland keine Störung zu befürchten hat. „Wir müssen daher Frankreich den nächsten Angriff auf die deutsche und namentlich auf die bisher ganz schutzlose süddeutsche

Grenze dadurch erschweren, daß wir diese Grenze und damit den Ausgangspunkt französischer Angriffe weiter zurücklegen und die Festungen, mit denen Frankreich uns bedroht, als defensive Bollwerke in die Gewalt Deutschlands zu bringen suchen. Solange Frankreich im Besitz von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive stärker als unsere Defensivbezuglich des ganzen Südens und des linksrheinischen Nordens von Deutschland. Straßburg ist im Besitz Frankreichs eine stets offene Einfallspforte gegen Süddeutschland. In deutschem Besitz gewinnen Straßburg und Metz dagegen einen defensiven Charakter."

Geschicht entwand Bismarck dem Auslande mit diesen kurzen, bestimmten Sätzen jede Handhabe, über die staatsrechtliche Zukunft der eroberten Länder mitzupprechen. Indem er das linksrheinische Vorland lediglich als das Glacis der deutschen Festung in Anspruch nahm, vermied er sorgfältig jeden Hinweis auf die nationale Not des deutschen Volkes. Wohl fehlte es auch in den nächsten Monaten, wie wir bereits wissen, nicht an diplomatischen Anregungen, die neu gewonnenen Länder zu neutralisieren. Doch in strenger Folgerichtigkeit ließ sich der Kanzler nie und nirgends auch nur auf die geringste Erörterung ein, die zu leicht eine innere Befassungsfrage des deutschen Volkes zum Spielball internationaler Begehrlichkeiten und Zufälligkeiten gemacht hätte. Als im Februar 1871 im englischen Unterhause nochmals eine Einmischung der Neutralen zugunsten Frankreichs verlangt wurde, hatte Bismarck bereits die endgültigen Verhandlungen mit Thiers und Favre begonnen, die von vornherein die vorbehaltlose Abtretung von Elsaß und Deutsch-Lothringen mit Metz zum Ziele hatten: nicht als Gebiets-erweiterung, wie Bismarck in diesen Besprechungen offen betonte, die dem neuen Besitzer eitel Gewinn und Vorteil bringe, sondern als eine unerfreuliche Fron mit der er das neue Haus der deutschen Nation von vornherein belasten müsse. Unbeirrt von den ihn umwallenden Gegensätzen hatte der Gründer und leitende Staatsmann des Norddeutschen Bundes inzwischen das Deutsche Reich zusammen-geschweißt. Und zugleich war damals schon das staatsrechtliche Schicksal der von Frankreich zu erwerbenden Gebiete so entschieden, wie es dem Kanzler seit langem vorschwebte.

Auch die Besprechungen zwischen den deutschen Regierungen selbst, die in gerader Linie der Bearbeitung des Auslandes parallel laufen, waren ja — das wird häufig vergessen — zunächst ebenfalls internationaler Natur. Bei den Fürsten und Dynastien, nicht bei der Publizistik in Parlament und Presse lag der Schlüssel zur gesamtdeutschen Politik, solange Norddeutscher Bund und Südstaaten selbständige völkerrechtliche Einheiten blieben. Aber geschickt ließ Bismarck auch in diese diplomatischen Kämpfe die Unterströmung nationaler Begeisterung ein, die das Schicksal Elsaß und Lothringens seit 1815 mit der staatsrechtlichen Gestaltung des neuen Deutschland selbst verflochten hatte.

Wie Gneisenau und seine Freunde stellte auch der eiserne Kanzler bei der Befürwortung der Angliederung beider Länder die Glacis-theorie in erste Reihe. Und ähnlich fügt sich die Anschauung vom künftigen „Reichsland“, die Bismarck von vornherein festhielt, ganz zwanglos in die Gedankenreihen ein, die von Belle-Alliance über die Paulskirche weg in die Zeit der Reichsgründung hineinführen. „Für Deutschland“ schlechthin, so hatte der alte Vorkämpfer von Kaiser und Reich, der Reichsfreiherr vom Stein, das Geschick der linksrheinischen Lande entscheiden wollen. Und Görres, der von einer Teilung der Herrschaft im großen Deutschland zwischen Habsburg und Hohenzollern träumte, wollte Österreich und Preußen zu Wächtern des Oberrheins setzen. „Die Festigkeit und Sicherheit Deutschlands“, so schrieb er in der uns schon bekannten Begründung, „wird sich dadurch vermehren und die innere Lebenskraft unseres Vaterlandes dadurch einen Zuwachs und einen erhöhten Schwung ihrer Tätigkeit gewinnen.“ Lückenlos fast fügt sich dieser Auffassung des großen Publizisten ideengeschichtlich die erste Äußerung an, die wir von Bismarck über die staatsrechtliche Bestimmung einzelner Teile des Elsaß besitzen. Eine kurze Notiz nur, die jedoch blitzartig den feingigen Pfad be-

leuchtet, den auch der preußische Staatsmann vom Ideal des preußisch-österreichischen Dualismus im großdeutschen Mitteleuropa zum notwendigen Übel einer kleindeutschen Einigung überwinden mußte. Schon im August 1864 hatte Bismarck gelegentlich mit dem Vertreter Österreichs über einen deutschen Feldzug gegen Frankreich gesprochen. Als er zwei Jahre später nochmals eine Teilung der Herrschaft zwischen Habsburg und Hohenzollern vorschlug, verband er damit aufs neue die Aufforderung zu einem Angriffskrieg gegen Napoleon, um die Herausgabe des Elsaß zu erzwingen. Österreich sollte dann Straßburg als Bundesfestung erhalten, Preußen Mainz. Wie Görres und Ernst Moritz Arndt wollte auch Bismarck die beiden führenden Mächte Deutschlands zu Wächtern der deckungslosen Grenze am Mittel- und Oberrhein bestellen. Wohl schloß dann der Kampf um die Vorherrschaft Österreich aus dem neuen Deutschland aus. Aber wir wissen, wie der eiserne Kanzler damals zunächst Bayern die lockende Aufgabe stellte, der süddeutsche Führerstaat zu werden. Auch im Sommer 1870, noch in den ersten Wochen des neuentbrannten Krieges, blieb dieser Gedanke zunächst lebendig. In solchem Zusammenhange erst kommt die bereits erwähnte Tatsache recht zur Geltung, daß Preußen selbst damals Bayern Gebietserwerbungen am Oberrhein anbot. Staatssekretär Thile wünschte, schrieb Ende Juli 1870 der bayerische Gesandte in Berlin, „daß die deutschen Waffen das Elsaß zurückerobern, daß dieses Land mit der Pfalz vereinigt werde und Bayern dort künftig die Vormacht Deutschlands bilde“. Wie die Präsidialmacht des Norddeutschen Bundes am Nieder- und Mittelrhein, so sollte der Führerstaat des Südens die Grenzschutz am Oberrhein übernehmen!

Nicht Landgewinn schlechthin jedoch bedeutet dieser Vorschlag: es ist der Gedanke des Reichslandes, der diese Entwicklungsreihe des Dualismus Österreich—Preußen zum Dualismus Bayern—Preußen überwölbt. Und von selbst treibt ihn das eigene Schwergewicht zur Anschauung vom Gesamtbesitz der verbündeten Fürsten und Städte, sobald der Dualismus verschwindet, der unitarische Bundesstaat, Kaiser und Reich an seine Stelle treten. Als Weißenburg, Wörth und Spichern dank der Tapferkeit der Truppen aller deutschen Stämme Süddeutschland von französischem Druck befreit hatten, und das Ausfalltor Straßburg mit eherner Mauer geschlossen war, konnte Bismarck als Vollstrecker der deutschen Einheitswünsche endlich auch diese letzte Schranke niederlegen. Wohl wirkten die Lockungen vom Südbund und von Abtretung des Elsaß, die Bismarck selbst anfangs gebilligt hatte, zunächst stark nach. Geschickt wußte der Kanzler noch monatelang die widerstrebenden Bayern immer aufs neue durch das Angebot von Entschädigungen im Elsaß auf seinem Wege zur Einheit festzuhalten. Noch kurz vor dem Abschluß des Präliminarfriedens hat Bismarck persönlich in Gegenwart der Vertreter anderer süddeutscher Staaten die Notwendigkeit betont, wenigstens Weißenburg den Bayern zu überlassen, trotzdem innerlich, wie gesagt, diese ganze Frage damals bereits überwunden war. An Stelle der beiden nebeneinander stehenden Mächte, Preußen und Bayern, übernahm das neue Reich alle Rechte und Pflichten, die der Besitz der neu erworbenen Länder mit sich brachte.

Am 13. August 1870 hatte der Bundeskanzler es zum ersten Male offen und rückhaltlos ausgesprochen: „Elsaß und Lothringen nie wieder herauszugeben“. Wenige Tage darauf bezeichnete er in Pont-à-Mousson dem Kronprinzen Albert von Sachsen gegenüber die Abtretung von Elsaß und Deutsch-Lothringen als wichtigste Friedensbedingung. „Die abgetretenen Länder“, berichtet der Kronprinz an seinen Vater über die Unterredung, „sollen im Besitz von Gesamtdeutschland bleiben; dadurch werde sich ein näheres Verhältnis von Nord und Süd am natürlichsten herstellen lassen.“ Offenichtlich waren diese Bemerkungen zur Übermittlung an die sächsische Regierung bestimmt, der Bismarck damit die Initiative zu den nun beginnenden Verhandlungen zuschieben wollte. Wie schon seit 1866 im Rahmen des Norddeutschen Bundes erhielt das Königreich der jüngeren Wettiner die doppelte Aufgabe, als Wellenbrecher gegen die heranrauschende Flut der unitarischen Strömung und als Lockmittel für die süddeutschen Staaten zu

wirken. Und Schlag auf Schlag fast folgte dieser ersten diplomatischen Ankündigung in der Tat die amtliche Feststellung der Friedensbedingungen, die der bereits erwähnte Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen“ aller Welt kundtat. Gleichzeitig wurde Rudolf von Delbrück beauftragt, in Dresden „die Zukunft der von uns eroberten und in dem künftigen Frieden festzuhaltenden französischen Landesteile zu besprechen“. Daß Preußen sie nicht für sich begehre, durfte Delbrück dabei ausdrücklich erklären und hervorheben. Es ist einer der feinsten Züge der Bismarckschen Diplomatie, wie der Kanzler hier von der rein materiellen Frage der Nutznießung des Siegespreises aus die überragende Verhandlung über die Reichsverfassung selbst aufrollte und damit den Übergang von internationalen Abmachungen zwischen selbständigen verbündeten Mächten zur Besprechung rein nationaler Schicksalsfragen fand. „Wenn wir Elsaß und Lothringen nicht nehmen wollen“, warf Graf Fritz Eulenburg ein, als ihm Delbrück den Inhalt seines Auftrages mitteilte, „und da Baden sie nicht nehmen kann, was sollen sie dann werden?“ — „Reichsland“, erwiderte Delbrück. — „Ein Reichsland ohne Reich?“ war die Gegenfrage. — „Vielleicht“, meinte Delbrück, „erwächst aus dem Reichsland das Reich“.

Ganz den Anweisungen des Meisters folgend, führte in der Tat Delbrück die Sachen in Dresden von der Erörterung des Anschlusses der süddeutschen Staaten auf die zunächst wichtigste Frage, „was mit Elsaß und Lothringen werden solle“. Er wiederholte: „Preußen wolle unter keinen Umständen neue Erwerbungen machen, eine Annexion der abzutretenden Länder von Baden oder Bayern werde von beiden (!) Staaten voraussichtlich abgelehnt werden, die Bildung eines besonderen Staates aus denselben werde aber auch große Schwierigkeiten darbieten usw.“ Der sächsische Minister führte darauf den angeschlagenen Gedankengang fort: „Wenn der König von Preußen jetzt erkläre, er wolle neue Erwerbungen nicht für Preußen machen, sondern für Deutschland, so sei das gewiß sehr edel und hoher Anerkennung wert, erhalte aber eine praktische Bedeutung doch erst dann, wenn festgestellt sei, in welchem Umfange und in welcher Verfassung Deutschland künftig bestehen werde.“ Was der Bundeskanzler beabsichtigte, war mit dieser theoretischen Fragestellung schon halb erreicht. Mit Genugtuung konnte Delbrück als die Meinung der sächsischen Regierung berichten, „daß die eroberten Landesteile nicht mit einem einzelnen deutschen Staate, sondern mit der Gesamtheit der deutschen Staaten zu vereinigen sein würden, als ein eigenes, in Gesetzgebung und Verwaltung von dieser Gesamtheit abhängiges Staatswesen. Die Ausdehnung des Norddeutschen Bundes auf die süddeutschen Staaten erschien als die notwendige Voraussetzung für die Regelung des Verhältnisses der eroberten Gebiete.“ Mit schnellen, geschickten Griffen hatte damit Bismarck das Schicksal von Elsaß und Lothringen mit dem Schicksal der Reichsverfassung überhaupt verknüpft. Den allgemeinen Verhandlungen, die jetzt ernsthaft begannen, hatte er gleichzeitig einen festen Weg gewiesen, von dem sie im wesentlichen nicht abweichen konnten. Das „Reichsland“ aber, wie es Bismarck so von vornherein als politische Notwendigkeit hinstellte, bildete nicht nur den Anknüpfungspunkt der Verhandlungen. Vor allem den bayerischen Bevollmächtigten und ihrem Könige half schon der Kaisertitel über so manche Beklemmungen hinweg. Ähnlich mag doch auch der Anteil am Gesamtgebiet, als der Gedanke des Ländertausches aufgegeben werden mußte, als Vorkittel zum Eintritt in die Inhabergemeinschaft gedient haben. Auf der anderen Seite war den Staatsmännern, die von der streng festgehaltenen Einheitsidee herkamen, der Gedanke eines „Reichslandes“ von vornherein verheißungsvoll für die Weiterentwicklung der Reichsverfassung selbst. Was ein Münchener Brief des „Schwäbischen Merkur“ schon am 10. August 1870 in nationaler Sehnsucht verkündet hatte, wurde in der Tat zum Angelpunkt auch der nüchternen Verhandlungen der Diplomaten: „Der, welcher diesen Krieg siegreich zu Ende führt und Elsaß-Lothringen wieder zu Deutschland bringt, soll Deutscher Kaiser sein.“

Am 3. September 1870 schreibt Kronprinz Friedrich Wilhelm in sein Tagebuch: „Bismarck besucht mich, wir behalten Elsaß in deutscher Verwaltung für Bund oder Reich“. Zum 12./14. September folgt die Notiz: „Elsaß-Lothringen: Reichslande ohne Dynastie, Verwaltungsrat aus Eingeborenen, es kommt darauf an, sie vom französischen Staatskörper loszulösen, sie aber fühlen zu lassen, daß sie Mitglieder eines großen Staates und nicht verurteilt sind, die Kleinstaaterei mitzumachen“. — Es ist die liberale und unitarische Wertung des Begriffes des „Reichslandes“, die hinter diesen trockenen Aufzeichnungen steht. Schärfer noch bewegt sich in diesem Gedankenkreise der Großherzog von Baden. Offen bemerkt er: „Sei es aus Gründen der europäischen Politik untunlich oder nicht ratsam, die volle Vereinigung dieser Provinzen mit der preußischen Monarchie in Aussicht zu nehmen, so möge man sie als reichsunmittelbaren Erwerb behandeln und mit einer Statthalterchaft unter Kaiser und Reich stellen; dafür gebe es, wenn man an Traditionelles anknüpfen wolle, in der deutschen Reichsgeschichte Analogien genug“. Dieser Auffassung kam Bismarck scheinbar entgegen, als er die große badische Denkschrift beantwortete: „Die definitive Bestimmung über das für Deutschlands bessere Verteidigung gegen den nächsten Angriff der Franzosen erstrebte Vorland wird der gemeinsamen Verständigung der deutschen Fürsten vorbehalten bleiben können. Einstweilen wird dasselbe als gemeinsames unmittelbares Reichsland im Namen und zum Vorteil der Gesamtheit der deutschen Verbündeten zu verwalten sein.“ Auf's neue tritt hier wie im ganzen Verlauf der amtlichen Verhandlungen das militärische Interesse ausschlaggebend in den Vordergrund. Nicht mit Unrecht hat man daher wohl sagen können, daß die Erwerbung von Elsaß und Lothringen für Bismarck zunächst nur eine Fortsetzung des Krieges mit den Mitteln der Politik bedeutete. Sicherlich ist gerade diese Erwägung in der Tat auch für die staatsrechtliche Form der Einverleibung mitbestimmend gewesen. Der neue Gesamtbesitz des deutschen Volkes sollte nicht nur vom preußischen Heere gehalten werden. In dem nächsten deutsch-französischen Kriege sollten an der Verteidigung der wiedererrungenen Lande möglichst alle deutschen Kontingente unmittelbares Interesse haben. Wie all diese Verhandlungen aber mit den deutschen Regierungen im einzelnen verliefen, darüber wissen wir nur wenig. Allzuviel Widerstand wird Bismarck weder im Norddeutschen Bund noch bei den Südstaaten gefunden haben, als er Anfang September in Reims, der alten Krönungsstadt der französischen Könige, die aufgehäuften diplomatischen Korrespondenzen erlebte. In den Kämpfen um die Reichsgründung war damals der neue Begriff des „Reichslandes“, obwohl in sich selbst noch unsicher und ungefestigt, doch bereits ein Werkzeug der diplomatischen Kunst des Kanzlers geworden. Der Abschluß der Bündnisverträge mit Baden und Hessen am 15. November 1870 besiegelte auch das staatsrechtliche Schicksal der von Frankreich abzutretenden Gebiete im neuen Reich. Das entscheidende Wort sprachen hier wie dort die Dynastien.

Wichtiger für die Zukunft Elsaß-Lothringens nicht nur, sondern des Reiches insgesamt jedoch war es, in welchem Sinne der Schöpfer der Reichsverfassung selbst damals den Begriff des „Reichslandes“ auffaßte. Ich erinnere vor allem daran, wie die unitarischen Parteien in dem Worte weit mehr als eine hohle Form sahen, wie sie die Hoffnung aussprachen, daß aus dem „Reichslande“ ein unitarischer Zug ins „Reich“ hinübergehen werde. Und es erhebt sich hier von selbst die Frage, wie sich der Kanzler persönlich zu diesen Erwägungen stellte. Sicher scheint doch, daß in Bismarck auch 1870 noch die Eindrücke leise nachwirkten, die die Pläne der Erbkaiferlichen, der Männer um Gagern, in dem „tätigen und intelligenten Adjutanten“ der konservativen Kamarilla von 1848 geweckt hatten. Schon was die unitarischen Großherzöge von dem Kaisertitel erwarteten, daß er „den ärgsten aller Partikularismen, den preußischen“, töten werde, hätte den Minister Wilhelms des Ersten von vornherein warnen müssen. Aber er hatte in diesem Falle bereits dafür gesorgt, daß in alter Größe hinter dem „Kaiser“ der „König von Preußen“ stehen blieb. Ohne Gefahr für die

inneren, staatsbildenden Kräfte des Preuzentums konnte er Begriff und Wesen des neuen deutschen „Reiches“ zur Vollendung seiner Politik benutzen. Und ähnlich stand es doch auch mit der Frage der Einverleibung von Elsaß und Lothringen. Wenn Bismarck die Forderung ablehnte, die wiedereroberten Lande Preußen anzugliedern, so kam er mit dieser scheinbaren Uneigennützigkeit nicht nur den süddeutschen Regierungen und den Neutralen entgegen. Für Preußen, dem bereits durch die Annexionen von 1866, durch Welfen und Kurhessen, eine starke innere Opposition erwachsen war, errang er gleichzeitig den Vorteil, daß die deutsch-feindlichen Elemente der neuen Provinzen nicht allzu tief auf den alten Geist des Hohenzollernschen Staates einwirkten. Durch Fernhalten der Elsässer und Lothringer vom preußischen Landtag entzog er diesem eine ganze Reihe fremder, demokratischer und klerikaler Kräfte, die in Zukunft etwa seine Kreise stören konnten. Bismarck und Treitschke, der Realpolitiker und der Historiker, haben sich damals vielleicht am stärksten von all der Überschwenglichkeit und dem Idealismus freigehalten, mit dem man 1870 wie 1815 die „wiedergewonnenen deutschen Brüder“ begrüßte. Auf der anderen Seite aber fesselte der Kanzler auch die Unitarier durch ein greifbares Eingehen auf ihren Gedankengang an seine Pläne. Der Besitz der neuen Provinzen, so hatte die „Spenerische Zeitung“ am 27. September geschrieben, soll ein neues Band der Einheit werden, „die gemeinsame Bürgerschaft des ewigen Bundes zwischen dem Norden und Süden“. Und ähnlich pries doch der größte Teil der liberalen Presse den Gedanken des „Reichslandes“. Hinter dem Schutzschild der Glacis-theorie knüpfte Bismarck vorausschauend die Fäden, die Elsaß und Lothringen mit seiner preußischen und mit seiner deutschen Politik in der Zukunft verbinden sollten. In schroffem Gegensatz zur unitarischen, reichsterroristischen Bewegung von 1848 hat Bismarck durch die ureigene Kraft des preußischen Staates die deutsche Frage gelöst. Bewußt stützt sich seine Reichsgründung auf die moralischen Eroberungen, die der Staatsmann der Hohenzollern bei den Dynastien machte. Als starke Unterströmung aber benutzte auch er die gewaltige Flut, die seit den Tagen der nationalen Romantik und seit dem großen Erlebnis auf dem Schlachtfeld von Leipzig in immer wechselndem Wellenschlage die starren Felsen des deutschen Territorialstaates umbrandete. Die mühsam erungene Einheit festzuhalten und zu kräftigen, bedurfte auch Bismarck der Formeln, die eine jahrhundertelange Sehnsucht tief in Herz und Geist des deutschen Volkes genekt hatte. Mit den drei Worten „Reich, Kaiser und Reichsland“ fesselte er dauernd die unitarischen Gedanken an sein Werk. In uralter, nie vergessener Überlieferung umschloß das Reich alle deutschen Stämme und Parteien; hoch über den Dynastien schwebte die Kaiserkrone. Eckstein und Symbol der endlich erungenen Einheit war und blieb, als Bismarck am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Versailler Schlosses die Vollendung seines Werkes aller Welt verkünden ließ, das „Reichsland!“

Die Verhandlungen und Beratungen der gesetzgebenden Körperschaften des neuen Reiches, des Bundesrates und des Reichstages, konnten nach all den Abmachungen, die Bismarck gepflogen hatte, nur mehr einen Epilog bilden. Aber offen brachte der Bericht des Verfassungsausschusses der Verbündeten Regierungen, den der württembergische Justizminister von Mittnacht am 17. April 1871 erstattete, zum Ausdruck, daß die Mehrheit im Bundesrat auch jetzt noch die Einverleibung Elsaß und Lothringens in Preußen als das einzig Naturgemäße betrachtete. „Was Preußen erwirbt“, heißt es hier in deutlicher Anlehnung an die uns bekannten Stimmen der öffentlichen Meinung, „ist zugleich Deutschland, dem Reiche, erworben.“ — Die Interessen des Reiches und Preußens in Elsaß und Lothringen sind durchaus identisch. Die übrigen Glieder des Reiches würden nicht glauben, beeinträchtigt zu sein, würden den mit Deutschland wieder vereinigten Gebieten nicht ferner stehen, wenn Preußen statt als Mandatar des Reiches kraft eigenen Rechtes die Souveränität über Elsaß und Lothringen übernehme.“ Und fast unwillig klingt der Verzicht: „Ob durchschlagende und dauernde

Gründe gegen die Vereinigung von Elsaß und Lothringen mit der preußischen Monarchie vorliegen, darüber habe selbstverständlich das Ermessen der königlich preußischen Regierung zu entscheiden. Hier sollte nur konstatiert werden, daß mindestens kein Widerstreben einer solchen Lösung entgegentreten würde.“

Ebensowenig konnte die langwierige Aussprache im Reichstage, die sich seit dem 20. April im wesentlichen um das verfassungsrechtliche Verhältnis des Reichslandes zum und im Bundesstaat drehte, an dieser politischen Entscheidung irgend etwas ändern. Nur Bismarck selbst ließ in seiner glänzenden Eröffnungsrede noch einmal alle die Möglichkeiten vorüberziehen, die für ihn bei der Einverleibung von Elsaß und Lothringen in den deutschen Bundesstaat in Frage zu kommen schienen. Eine Schleifung der Festungen, so führte er aus, konnte nicht genügen und ebensowenig die Bildung eines neutralen Bufferstaates, dessen Neutralität Deutschland niemals sicher gewesen wäre. Im Gegenteil: in erster Reihe müsse ein festes *Glacis* geschaffen werden, das eine wirkungsvolle Verteidigung gegen Frankreich erleichtere, ja überhaupt erst ermögliche. Als staatsrechtliche Form, diese Aufgabe auf das Deutsche Reich zu übertragen, bot sich nur der gemeinsame Besitz, wenn auch die Einzelheiten dieser neuen Schöpfung nur ein Provisorium sein konnten. Aber die Beratungen in der Kommission, die nun folgten, sind wir nur spärlich unterrichtet. Wir wissen jedoch, daß gerade hier die unitarischen und föderativen Anschauungen, die bereits seit August 1870 in den Äußerungen der öffentlichen Meinung zutage traten, noch einmal eifrig erörtert wurden. Aber zu bestimmten Abänderungsvorschlägen kam es nicht. Da Preußen offen jede Angliederung ablehnte, trat die Mehrheit des Ausschusses im wesentlichen für Annahme des Gesetzentwurfes ein, den die Verbündeten Regierungen vorgelegt hatten. Die Erklärung Bismarcks: „den Gedanken, aus Elsaß und Lothringen ein staatliches Gebilde zu schaffen, habe er nicht, und der Begriff eines Reichslandes sei mit dem eines selbständigen Staatswesens nicht kongruent“, beschwichtigte die Bedenken, die aus dem Provisorium einen unheilvollen Zwitterzustand emporwachsen sahen. Willig empfahl der Ausschußbericht die Regierungsvorlage, das neue „Reichsland“ als gemeinsamen Pflingling der gesamten deutschen Nation, des gesamten deutschen Reiches, aller seiner Faktoren zu übernehmen.

Unter diesen Umständen konnte auch die Redeschlacht der Vollsitzen, in der die Führer aller Parteien in die Bahn traten, an dem Ergebnis nichts ändern. In der zweiten Lesung zwar schien sich anfangs das Feld zu weiten, als Heinrich von Treitschke in wundervollen Worten noch einmal sein Bedauern aussprach, daß Elsaß und Lothringen nicht sofort dem preußischen Staate einverleibt wurden. „Die Aufgabe“, so mahnt er eindringlich, „diese entfremdeten Stämme deutscher Nation unserem Lande wieder einzufügen, ist so groß und schwer, daß man sie nur erprobten Händen anvertrauen darf, und wo ist eine politische Kraft im Deutschen Reiche, die die Gabe, zu germanisieren, erprobt hat, wie das alte glorreiche Preußen? Die Elsässer sind uns nur zu fremd geworden als Mitglieder eines zentralisierten fremden Staates; mit um so größerer Energie sollte man sie hineinzwingen in einen deutschen Einheitsstaat, in jene fest geschlossene Kraft des preußischen Staatslebens. Und endlich, es wäre für Preußen wie für Deutschland ein Glück gewesen, wenn der Staat, der Deutschland leitet, auch in seinem Inneren zahlreiche süddeutsche Elemente enthielte. Preußen muß, wenn es Deutschland verstehen und leiten soll, in seinem Inneren süddeutsche Eigenart schätzen und würdigen lernen.“ Aber auch der überzeugte Unitarier gesteht, daß es jetzt gelte, nicht kleinlich an dem Ergebnis der Regierungsberatungen zu mäkeln, sondern in ernster Arbeit das neue Reichsland in Wahrheit zu einem Gliede des Deutschen Reiches zu machen — trotzdem die geschichtlichen Erfahrungen wenig Vertrauen auf einen Erfolg wecken! In ehrlicher Anerkennung der zu Recht bestehenden Bundesverfassung müssen dabei alle unitarischen und föderalistischen Bestrebungen zurücktreten. Doch unerfüllbar wird und muß auf jeden Fall der Wunsch bleiben, die Provinz Elsaß und Lothringen zu einem Staat umzuwandeln. Einen neuen Staat zu bilden aus drei Departements und einigen benachbarten Splintern, die

niemals in der Geschichte ein Staat waren, einen neuen halbdeutschen Partikularismus an der hart gefährdeten Grenze großzuziehen, wäre ein Schlag ins Angesicht der neuen deutschen Einheit. Nur eine Provinzialvertretung, nicht ein Landtag darf daher in Straßburg geduldet werden. Und ebensowenig darf sich als Selbstherrscher ein eigenes Beamtentum festsetzen. Nur die Freizügigkeit eines zahlreichen Reichsbeamtentums kann die praktische Einheit des Reiches und die unlösliche Verbindung der neuen Lande mit Kaiser und Reich gewährleisten.

Mit wahrhaft prophetischem Ernst hatte damit der größte Vertreter der unitarischen Gedanken alle Hoffnungen und Befürchtungen erörtert, die der Begriff des Reichslandes für das Reich und für die neu erworbenen Länder selbst in sich schloß. Die Kraft seiner Worte war groß genug, unter dem zwingenden Bann der großen Tage der Reichsgründung selbst auch die Gegner zur Vorsicht zu mahnen, die in den nächsten Tagen und Wochen die unitarische Wirkung dieser Rede zu bekämpfen suchten. Vor allem Windhorst, der rüftigste Vorfechter der jungen Zentrumsparlei, wollte in der Schöpfung des „Reichslandes“ eher bereits den Keim eines „besonderen Staates“ erblicken. Klar und bestimmt, meint er, hätte sonst der Entwurf die Vereinigung der neu erworbenen Länder mit einem bereits bestehenden Staate aussprechen müssen. Und eifrig sprangen ihm die Fortschrittler bei, die kaum laut genug die Verbetrast gerade des deutschen Partikularismus für die stammverwandte Eigenart der Elsäßer und Lothringer zu rühmen wußten. Doch, wie gesagt, neue Anschauungen, kommen in all diesen Erörterungen nicht zur Geltung. Nur um geringfügige Änderungen in Form und Fassung konnte es sich handeln, bis am 3. Juni 1871 auch die frei gewählte Vertretung des deutschen Volkes mit großer Mehrheit ihre Zustimmung erklärte. Als am 9. Juni das Gesetz betreffend die Vereinigung von Elsaß und Lothringen mit dem Deutschen Reiche veröffentlicht wurde, fügte Bismarck damit den Schlußstein ins Werk der Reichsgründung.

Es war Bismarcks eigenes Werk, das er damit beschloß. Nichts ist richtiger! Aber gilt für diese Schöpfung des „Reichslandes“ nicht auch zugleich das schöne Wort Rudolfs von Bennigsen, daß „Verfassungen überhaupt nur da gelingen, wo eine ganze Nation zur Arbeit berufen wird?“ Als ich vor sieben Jahren in den Süddeutschen Monatsheften die Grundzüge der vorliegenden Studien veröffentlichte, hat André Tardieu seinen elsässischen und französischen Lesern ihr Ergebnis in einem geistreichelnden Satze deutlich zu machen gesucht. Das Reichsland, schrieb er, sei der Amboss, auf dem die brutale Faust Bismarcks das deutsche Siegfriedsschwert schmiedete. Selbstverständlich verzerrt diese Auslegung die geschichtliche Wahrheit aufs gröblichste. Elsaß und Lothringens Stellung im Rahmen der Reichsgründung, so will sie in bitterer, aufreizender Schärfe predigen, verurteilt das Land trotz aller „Verfassungsreformen“ auf die Dauer zur Unfreiheit, aus der es nur Frankreich wieder erlösen kann! Trotz dieser bewußten Einseitigkeit aber wird Tardieu der Bedeutung der Erwerbung der oberrheinischen Gebiete und ihrer Gestaltung zum Reichslande im großen Ganzen doch gerecht. Auf alle Fälle ist sein Urteil tiefer und sachkundiger, als die landläufige Meinung, die das Werk Bismarcks kurzweg als „Berlegenheitschöpfung“ zu erklären versucht. Aus dem, was aus Elsaß-Lothringen geworden ist, wird nur zu leicht gefolgert, was beide Länder als Reichsland staatsrechtlich und politisch dem werdenden Reiche waren und was sie ihm werden konnten.

Mit Zug und Recht paßt vielmehr das Urteil Harry Breßlaus, daß preußische und deutsche Gedanken bewußt und unzertrennlich im Werk und Wesen des großen Kanzlers verbunden sind, vor allem auf unser Problem.

Gerade die in staatsrechtlicher Theorie unsagbare Gestalt, die die von Frankreich abgetretenen Gebiete in seiner Hand erhielten, spiegelt in fast erschreckender Klarheit die tausendjährige Geschichte des deutschen Volkes. Kreuz und quer durchziehen föderative und unitarische Strömungen das Bild der öffentlichen Meinung, wie es uns in Briefen, Aufsätzen und Reden von Staatsmännern und

Publizisten Nord- und Süddeutschlands vor Augen trat. Die diplomatischen Verhandlungen selbst werden von internationalen Rücksichten, vom Gegensatz der Dynastien und der Stämme beherrscht. Leise klingt bereits nichttönig der Streit wirtschaftspolitischer Interessen hinein, während von außen her die Eifersucht der europäischen Großmächte drohend die Entscheidung beschleunigt. Und über all dem die großen Linien weltbürgerlicher und nationaler Staatsanschauung, die im Kleinen und Großen um die Herrschaft ringen. In diesem Gewirr einen Ausgleich zu schaffen, der alle größeren Parteien und alle Verbündeten befriedigen konnte, war die Aufgabe, die Bismarck nicht nur in der Reichsgründung im Ganzen, sondern insbesondere auch in der Schöpfung des „Reichslandes“ gestellt wurde. Daß die Lösung, die er fand, noch unvollkommen war, gestand er selbst offen im Reichstag ein. Oft genug hat der gewaltige Staatsmann betont, daß Politik nur die Kunst des Möglichen und des für den Augenblick Erreichbaren ist, daß sie sich das Ziel, das absolut Beste und Wünschenswerte zu schaffen, nicht stecken darf. Auch der „Bundesstaat“, der über dem „Reichsland“ stand, trug ja dieselben Züge eines „kunstvollen Chaos“. Sollen wir daher auch das „Reich“ nur als eine „Verlegenheitschöpfung“ ansprechen? Wer, wie der Bundeskanzler selbst, an die Zukunft Deutschlands glaubte, mußte auch Vertrauen gewinnen zur Zukunft Elsaß und Lothringens. Auf welchem Wege aber diese Entwicklung vor sich gehen werde, das konnten Staatsmänner und Parteiführer nur wünschen und anstreben: Die staatsrechtliche Form war geschaffen; ihr Leben und Inhalt zu geben, übernahm die Nation, der von nun an inniger denn je vorher Begriff und Wesen des „Reichslandes“ verbunden war.



## Randglossen zum Tage

An den Herausgeber



ärktische Bauern beklagen den Diebstahl der Kleidung ihrer Vogel-scheuchen von den Feldern. Ein Vogelscheuchenkleiderdieb bekannte, daß er und seine Kollegen mit der zwangsweisen Entkleidung von Vogelscheuchen ein Geschäft machen, weil die Kleider gut bezahlt werden. Zu derselben Zeit las man im Bericht über das Entmündigungsverfahren gegen den Prinzen Leopold (Sohn), daß der Prinz (Sohn) bei einem Schneider für 38 000 Mark Kleider machen ließ, darunter 48 Saffoanzüge, was auch für einen Prinzen eine immerhin ausreichende Bekleidung darstellt. Hier offenbaren sich die Gegensätze einer Zeit, die von der ungeheuersten Anhäufung von Geld- und Warenkapital zur Höhlenmenschenbedürftigkeit übergehen mußte. Es war ein eigenartiger Genuß, gerade jetzt in jenem Prozeßbericht die Untersuchungen über die Frage zu verfolgen, bei welcher Form des Kunstgenusses, welcher Art der Tischgesellschaft und welcher Höhe der hinausgeworfenen Summen für einen Prinzen die Entmündigungsgrenze erreicht ist. Man merkte wieder einmal, was Überschuß ist, Überschuß an Geld bei dem Prinzen und Überschuß an Zeit bei den Leuten, die gerade jetzt nichts Wichtigeres zu tun haben, als einen solchen Prozeß öffentlich austragen zu lassen. Daß Prinz und Prinz zweierlei ist, lehren die Prinzen, die den Soldalentod gestorben sind und daß bürgerliche Erben und Zerstörer großer Vermögen auch zuweilen 48 Saffoanzüge besitzen, ist bekannt. Aber die Prinzen umgibt auch im Zeitalter der Arbeit, der Demokratie und der Vernunft noch ein Nimbus, der ihre Affären über die der Herren Meyer und Schulze hinaushebt. Dieser Nimbus

Grenzboten III 1918

4